

Land muss die Mittel für die versprochene Aufhebung des Deckelungsbeschlusses bereitstellen

In einem persönlichen Gespräch mit den Vorsitzenden der Polizeigewerkschaften in NRW hat Innenminister Herbert Reul (CDU) Ende August angekündigt, dass er den fast zweieinhalb Jahrzehnte alten Deckelungsbeschluss, durch den die Zahl der Stellen im Bereich A 12 und A 13 im gehobenen Dienst künstlich auf den damals erreichten Stand eingefroren worden ist, aufheben will. Mit der Ankündigung greift Reul eine langjährige Forderung der GdP auf, dass Polizistinnen und Polizisten sowie Verwaltungsbeamte, die herausgehobene Aufgaben übernehmen und besondere Leistungen erbringen, entsprechend ihrer Funktion und ihrer Verantwortung bezahlt werden. Trotz der positiven Ankündigung ist aber noch unklar, wie stark die Zahl der Stellen im Bereich A 12/A 13 tatsächlich erhöht werden soll. Und wie die zusätzlichen Beförderungen finanziert werden sollen.

Zur Erinnerung: Vor der Einführung der zweigeteilten Laufbahn waren 20 Prozent der Polizisten im gehobenen Dienst in A 12, weitere 10 Prozent in A 13. Mit deren Einführung hätte auch die Zahl der Spitzenämter in A 12 und A 13 gD entsprechend steigen müssen. Das war der damaligen Landesregierung aber zu teuer. Deshalb hat sie die Zahl der Spitzenfunktionen im gehobenen Dienst der Polizei auf den damaligen Stand gedeckelt. Daran hat sich, von kleineren Korrekturen abgesehen, bis heute nichts geändert. Deshalb gibt es in der gesamten Polizei in NRW aktuell gerade einmal 2978 Stellen in A 12 und 1509 Stellen in A 13. Gemessen an den 40 150 Planstellen im gehobenen Dienst müsste ihre Zahl bei einer gleichen Durchschlüsselung, wie sie in anderen Behörden gilt, deutlich höher sein.

Für die Polizei haben die fehlenden Beförderungsmöglichkeiten gravierende Folgen. Immer wieder kommt es vor, dass es beispielsweise in einer Wache fünf Dienstgruppenleiter gibt, von denen aber nur drei nach A 12 besoldet werden. Trotz gleicher Arbeit. Oder dass ein erfahrener Ermittler in einem Kriminalkommissariat trotz guter Leistung und hoher Spezialisierung nicht über

A 11 hinauskommt. Will er besser bezahlt werden, muss er in einen anderen Arbeitsbereich, in eine andere Direktion oder sogar in eine andere Behörde wechseln. Sein über Jahre erworbenes Fachwissen geht da-



durch der Polizei verloren. Dies gilt für alle Direktionsbereiche bei der Polizei.

In den vergangenen Jahren hat sich die GdP deshalb immer wieder dafür starkgemacht, dass für Führungsfunktionen und für Fachkarrieren die Stellen im Bereich A 12 und A 13 erhöht werden. Das ist aber am Widerstand der Politik gescheitert.

Bei Reul könnte das anders werden. Seine Ankündigung, den Deckelungsbeschluss aufzuheben, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Reul bei seinen Besuchen bei den Polizeibehörden vor Ort immer wie-

der auf Kolleginnen und Kollegen gestoßen ist, die ihm hautnah berichtet haben, dass sie nur dann eine Chance auf eine Beförderung haben, wenn sie bereit sind, ihren Arbeitsbereich zu wechseln, obwohl sie durch ihre hohe Qualifikation und ihr großes Erfahrungswissen in ihrem bisherigen Arbeitsbereich dringend gebraucht werden. Durch die angekündigte Aufhebung des Deckelungsbeschlusses würde sich das ändern.

Das ist die gute Nachricht. Bei der Aufhebung des Deckelungsbeschlusses kommt es aber auf die Details an. „Sollte Reul seine Ankündigung wahr machen, sind in NRW endlich die Zeiten vorbei, in denen erfahrene Polizisten ihren Aufgabenbereich wechseln müssen, weil sie sonst nicht befördert werden können“, betonte deshalb GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens Ende August gegenüber den Medien. Setzte aber hinzu: „Entscheidend ist allerdings, dass die Polizei auch die dazu erforderlichen Mittel bekommt, damit die Polizisten ihre Beförderung nicht durch Einsparungen an anderer Stelle selber finanzieren müssen.“ Dafür muss Reul allerdings den Finanzminister noch auf seine Seite bringen.

Das Signal ist da, jetzt müssen Taten folgen!



Zwei Jahre ist Innenminister Reul im Amt. Nicht immer hat er dabei die richtigen Entscheidungen getroffen, wie wir gerade bei der Diskussion über den Polizeieinsatz im Hambacher Forst erleben. Aber eins muss man dem Innenminister lassen: Bei der versprochenen personellen Stärkung der Polizei, beim neuen Polizeigesetz, bei der Ausrüstung und bei der Sanierung der maroden Polizeiwachen hat Reul geliefert. Auch wenn hier noch immer Verbesserungen im Detail notwendig sind: die Richtung stimmt.

Auch vor Reul hat es in NRW Innenminister gegeben, denen die Innere Sicherheit wichtig war. Die wirklich etwas für die Polizei bewegt haben. Reul hat mit seiner bisherigen Amtsführung die Chance, in diese Reihe vorzustoßen.

Er hat erkannt, dass der fast zweieinhalb Jahrzehnte alte Deckelungsbeschluss nicht nur den Polizistinnen und Polizisten und den Verwaltungsbeamten, die trotz guter Leistung und hohem Engagement nicht befördert werden können, schadet,

sondern auch der Polizei.

Die bloße Ankündigung, den Deckelungsbeschluss endlich aufheben zu wollen, reicht allerdings nicht. Reul muss seiner Ankündigung auch Taten folgen lassen. Er muss ein Konzept vorlegen, wie sich die Aufhebung des Deckelungsbeschlusses solide finanzieren lässt, und in welchen Stufen sie erfolgen soll. Damit am Ende alle bei der Polizei von der Aufhebung des Deckelungsbeschlusses profitieren und nicht nur Einzelne.

Zu diesem Gesamtpaket gehört auch der höhere Dienst. Sein Anteil ist mit gerade einmal 1,7 Prozent an allen Stellen im Polizeivollzugsdienst deutlich zu niedrig. Auch hier muss sich etwas ändern. An der Zahl der hD-Stellen und an deren Bewertung. Auch hier gibt es Nachholbedarf!

Michael Mertens,
Landesvorsitzender

Deine Meinung ist uns wichtig!

Seit mehr als 70 Jahren setzt sich die GdP leidenschaftlich für die Interessen und Belange ihrer Mitglieder ein. Wir mischen uns in wichtige politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse ein. Wir reden mit, wenn es um die Arbeit der Polizei und um die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen und um eine gute Bezahlung für unsere Kolleginnen und Kollegen geht. Mit mehr als 42 000 Mitgliedern allein in NRW ist die GdP eine starke politische Kraft. Und wir haben den Anspruch, das auch in Zukunft zu sein! Deshalb stehen bei uns die Mitglieder im Mittelpunkt unseres Handelns.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, reicht es nicht, Bewährtes zu bewahren, sondern die GdP muss sich immer wieder neuen Themen und Herausforderungen stellen. Sie muss nicht nur ihre eigenen Positionen kontinuierlich überprüfen und

weiterentwickeln, sondern muss auch ihre Leistungen und Serviceangebote für die Mitglieder an die sich wandelnden Anforderungen und Erwartungen anpassen.

Deshalb ist für uns die Meinung unserer Mitglieder wichtig: Wie seht Ihr als Mitglied die GdP? Welche Themen sind für Euch wichtig? Wie bewertet Ihr die Leistungen der GdP? Von der Unterstützung bei Konflikten mit dem Dienstherrn bis hin zu den Service- und Vorteilsangeboten? Und wie nutzt Ihr die Kommunikationsmedien der GdP? Was ist gut bei der GdP und was kann und muss noch verbessert werden? Und in welchen Bereichen soll die GdP neue Schwerpunkte setzen?

Um das herauszufinden, startet der Landesbezirk NRW am 1. Oktober eine Mitgliederbefragung. Jedes Mitglied kann daran teilnehmen. Den Fragebogen findet Ihr

über den Link. Noch einfacher geht es über den QR-Code.

Die Rückmeldungen werden anonym erfasst und ausgewertet.

Je mehr Mitglieder sich an der Befragung beteiligen, umso besser wissen wir, was Ihr genau von der GdP erwartet. Weil das Mitmachen mit ein bisschen Arbeit verbunden ist, gibt es außerdem ein kleines Dankeschön: Unter allen Teilnehmern der Mitgliederbefragung verlost die GdP 100 Wunschgutscheine im Wert von jeweils 20 Euro.



Braucht die Polizei eine Wertediskussion?

Unternehmen, die etwas auf sich halten, geben sich ein Leitbild, mit dem sie ihre Führungskräfte und ihre Mitarbeiter auf ein ethisch korrektes Verhalten verpflichten. Innenminister Herbert Reul (CDU) will jetzt auch für die Polizei in NRW ein eigenes Leitbild entwickeln, in dem die Ziele und Grundprinzipien des polizeilichen Handelns verbindlich festgehalten werden. Anfang September hat der Innenminister dazu ein erstes Diskussionspapier vorgestellt. Parallel hat Reul die rund 50 000 Beschäftigten bei der Polizei aufgefordert, sich mithilfe einer Onlinebefragung an der Diskussion über die künftige Werteorientierung der Polizei zu beteiligen.

Aber braucht die Polizei in NRW überhaupt eine Wertediskussion? Gegenüber den Medien hatte Reul seine Initiative auch mit den Erfahrungen im Fall Lügde begründet und mit der Beobachtung, dass es auch in NRW einzelne Polizisten gibt, die mit rechtsextremen Positionen sympathisieren. Aus Sicht der GdP ist das eine unzulässige Verknüpfung: Wer sich rechtsradikal äußert, hat in der Polizei nichts zu suchen. Er muss umgehend aus dem Polizeidienst entfernt werden! Das ist in der Vergangenheit in NRW auch immer so gehandhabt worden. Aber es gibt bei der NRW-

Polizei kein grundsätzliches Rechts-extremismusproblem. Das Fehlverhalten einzelner ist deshalb auch kein Beleg für eine angeblich fehlende Werteorientierung bei der Polizei. Auch der Fall Lügde geht auf das Fehlverhalten einzelner Beteiligten vor Ort und auf organisatorische Mängel bei der Polizei zurück, nicht aber auf eine angeblich fehlende Werteorientierung. Deshalb ist auch hier eine Verknüpfung beider Themen unzulässig.

Hinzu kommt, dass die Grundprinzipien, die im ersten Diskussionsentwurf des Innenministeriums für eine Werteorientierung der Polizei festgehalten sind, nicht neu sind. Sie beschreiben im Gegenteil nur die Prinzipien, die bereits seit Jahrzehnten das Handeln der Polizei in NRW geprägt haben. Die Stichworte dazu heißen: Integrität, Mut, Respekt, Teamgeist, Transparenz, Verantwortung, Vertrauen und Zuverlässigkeit. „Der Entwurf ist noch etwas dünn“, sagte dazu der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. Aus Sicht der GdP macht es trotzdem Sinn, dass sich möglichst viele Kolleginnen und Kollegen an der Umfrage des Innenministeriums beteiligen und dabei den Finger in

die eine oder andere Wunde legen. Wenn in der Umfrage zum Beispiel nach Mut gefragt wird, ist damit auch der Mut gemeint, eigene Fehler nicht unter den Teppich zu kehren, sondern sich gegenüber den Kollegen und Vorgesetzten zu offenbaren. Dazu braucht es aber eine Fehlerkultur bei der Polizei, die von Respekt gegenüber den eigenen Mitarbeitern geprägt ist und das Benennen von Fehlern auch zulässt. Das ist aber in vielen Dienststellen nicht der Fall. Spannend ist auch, wie sich die Polizisten in Zukunft in Situationen verhalten sollen, in denen das Gegenüber polizeiliche Ansprachen und Weisungen ignoriert. Die NRW-Polizei setzt auf das Niedersprechen von Konflikten. Das wird auch in Zukunft so sein. Aber wie sollen sich die Polizisten verhalten, wenn dieses Einsatzkonzept nicht funktioniert? „Auch darauf muss die Wertediskussion eine Antwort geben“, fordert Maatz. Wünschenswert ist aus Sicht der GdP zudem, dass der Wertevermittlung in Zukunft nicht nur in der Ausbildung der Nachwuchspolizisten, sondern auch in der Weiterbildung ein größerer Stellenwert zukommt. Zum Beispiel durch Seminare zum Umgang mit Rechtsextremisten oder zum Thema Migration.

Zusätzlicher Urlaubsanspruch

Polizisten, deren Dienstpläne im Schnitt mehr als fünf Arbeitstage pro Woche vorsehen, haben einen Anspruch auf zusätzliche Urlaubstage. Das hat das Oberverwaltungsgericht von NRW (OVG) Ende August entschieden. Geklagt hatten mehrere Mitarbeiter eines Kriminalkommissariats, die am Wochenende vorgeplante zusätzliche Dienste übernehmen mussten, damit die K-Wache besetzt werden konnte.

In ihrem Grundsatzurteil stellen die Richter unmissverständlich fest: „Für jeden Arbeitstag durch den (...) die Zahl (...) von 260 Arbeitstagen pro Jahr überschritten wird, erhöht sich der Urlaub um 1/260 des Urlaubs nach § 18 der Freistellungs- und Urlaubsverordnung.“ Das hatte das Land bisher anders gesehen und den

Betroffenen nur dann zusätzlichen Urlaub gewährt, wenn mindestens die Hälfte der Arbeitswochen des Kalenderjahres auf mehr als fünf Arbeitstage verteilt war. Das geht in Zukunft nicht mehr.

Nach dem OVG-Urteil haben alle Kolleginnen und Kollegen, die in Gleitzeitmodellen oder mit flexibler Arbeitszeit (GLAZ/FLAZ) mit Dienstplänen mit durchschnittlich mehr als fünf Arbeitstagen pro Woche arbeiten, einen Rechtsanspruch auf zusätzlichen Urlaub. Ob es innerhalb der Fünf-Tage-Woche aufgrund eines Feiertags, einer Dienstbefreiung an einem Vorfesttag (z. B. § 15 Abs. 1 AZVOPol), der Einbringung von Erholungsurlaub oder von Freizeitausgleich zur Abgeltung eines Zeitguthabens zu einem Arbeitsausfall

gekommen ist, spielt dabei keine Rolle. Lediglich außerplanmäßige zusätzliche Arbeitstage sind nach Auffassung des Gerichts bei der Urlaubsberechnung nicht zu berücksichtigen.

Für die Geltendmachung des zusätzlichen Urlaubsanspruchs greifen allerdings die gleichen Verfallsfristen wie für den gesamten Jahresurlaub (§ 19 Abs. 2 FrUrIV). Ansprüche aus 2017 können deshalb nicht mehr geltend gemacht werden. Für 2018 müssen die Anträge für die Geltendmachung der Ansprüche bis zum 31.3.2020 gestellt werden. Die GdP stellt über die Kreisgruppen Musteranträge zur Verfügung.

Ob das Urteil auch Folgen für die Beschäftigten hat, die in DSM geführt werden, muss noch geprüft werden.



Sozialleistungsbetrug: Zwischen Kavaliersdelikt und organisierter Kriminalität

Wer aus einem anderen EU-Land nach Deutschland kommt, hat einen Rechtsanspruch auf Kindergeld. Das dient der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU, damit nicht nur die Unternehmen vom Binnenmarkt profitieren. Zugleich eröffnet das deutsche Sozialsystem aber auch kriminellen Banden die Möglichkeit zum systematischen Sozialleistungsbetrug, indem sie notleidende Menschen aus anderen EU-Ländern nur deshalb nach Deutschland bringen, damit sie hier Sozialleistungen beantragen, die anschließend in den Taschen der Schlepper landen. Eine neue Form der organisierten Kriminalität, die weit über das auch vorkommende Schummeln bei der Beantragung von einzelnen Sozialleistungen hinausgeht und den deutschen Steuerzahler jedes Jahr Hunderte von Millionen Euro kostet. Auf dem Kriminalforum am 8. November in Düsseldorf geht die GdP deshalb der Frage nach, wie diese neue Form der organisierten Kriminalität wirksam bekämpft werden kann.

Die Masche, mit der die kriminellen Banden vorgehen, läuft meist nach dem selben Muster ab: Kinderreiche, notleidende Familien aus Osteuropa werden von ihnen unter Vorspiegelung

falscher Tatsachen nach Deutschland gelockt, um hier staatliche Zuschüsse zu beantragen, insbesondere Kindergeld und ALG II-Leistungen. Damit daraus ein Geschäftsmodell wird, werden die hilfesuchenden Menschen in sogenannten Schrottimmobilen untergebracht. Professionelle Berater unterstützen sie bei der Beantragung von Sozialleistungen. Begleitet von Drohungen und Gewaltanwendung müssen die Betroffenen anschließend einen Großteil der so erhaltenen Unterstützungsleistungen den organisierten Banden wieder abgeben. Sie sind deshalb neben dem deutschen Steuerzahler die eigentlichen Opfer, denn eine Perspektive, aus dem Elend herauszukommen, bieten ihnen die Schlepper nicht. Im Gegenteil: Die organisierten Banden holen ihre Opfer nur nach Deutschland, um an deren Sozialleistungen zu kommen. Ähnlich funktioniert auch der ALG-II-Betrug. Über Mittelsmänner werden Scheinarbeitsverträge abgeschlossen, ohne dass dafür auch nur ein einziger Euro Arbeitslohn fließt. Trotzdem kommen die Betroffenen so auf Aufstockerleistungen der Arbeitskassen, die dann in den Taschen der Schlepper landen.

Überführen lassen sich Täter trotzdem nur schwer. Dafür sind die Sozialbehörden der betroffenen Städte meist personell zu stark unterbesetzt. Und auch bei der Polizei, der Justiz und der Zollfahndung fehlt oft das notwendige Personal, um die systematisch vorgehenden Banden über einen längeren Zeitraum intensiv beobachten und überführen zu können.

Referenten des eintägigen Fachforums der GdP sind der Leiter der Stabsstelle für Leistung und Recht im Jobcenter Dortmund, Andreas Kaufmann, der Referatsleiter für Wirtschaftskriminalität im LKA, Sebastian Goebels, und der Leiter der Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Zoll in Münster, Goswin Brehe. Der GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens und sein Vorstandskollege und Dortmunder KK-Leiter Frank Schniedermeier werden zudem der Frage nachgehen, wie Polizei, Justiz und Sozialbehörden so verstärkt werden müssen, damit sie die Hintermänner dieser Millionendeals überführen und aus dem Verkehr ziehen können.

Eine Teilnahme am Kriminalforum steht allen GdP-Mitgliedern offen.

Infos und Anmeldung:
www.gdp-nrw.de

Welche Bewerber sucht die Polizei?



Jeder möchte in seinem Betrieb oder seiner Behörde die richtigen Leute einstellen. Denn jeder weiß, auf den richtigen Nachwuchs kommt es an. Auch bei der Polizei! Doch wer soll das sein und wie komme ich an ihn heran?

Die Anforderungen der Polizei an die jungen Leute sind hoch. Sie sollen intelligent, engagiert und teamfähig sein. Empathisch und dennoch mit einer Prise Robustheit ausgestattet. Manchmal erweckt es den Anschein, dass die Polizei nach der eierlegenden Wollmilchsau sucht. Und das bei 2500 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, die die Polizei jedes Jahr aktuell in NRW einstellt.

Wer sind die Besten oder die Richtigen? – Mit diesem spannenden Thema setzt sich das Ausbildungsforum

der GdP am 31. Oktober in Düsseldorf auseinander. Als Referent des eintägigen Forums wird der stellvertretende Behördenleiter der LAFP, Leiter der Polizeidirektor Thomas Kubera, über die Werbemaßnahmen und das Auswahlverfahren bei der Polizei in NRW berichten. Prof. Dr. Wolfgang Jäger, Dozent an der Hochschule RheinMain, beschäftigt sich zudem mit dem Zusammenhang von Human Resources, Personalmarketing und Recruiting. Der GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens und sein Vorstandskollege Markus Robert werden anschließend darstellen, welchen Handlungsbedarf die GdP bei der Weiterentwicklung der Polizeiausbildung sieht.

Infos und Anmeldung:
www.gdp-nrw.de



Die Tarifkommission stellt sich vor



Zehn Prozent aller GdP-Mitglieder in NRW sind Tarifbeschäftigte. Weil das Land in dieser Legislaturperiode jedes Jahr 500 zusätzliche Tarifbeschäftigte einstellen will, wird ihr Anteil in den kommenden Jahren sogar noch steigen. Damit die Interessen der Tarifbeschäftigten bei den vielen Beamten in der GdP nicht untergehen, gibt es beim Landesbezirk eine eigene Tarifkommission. Die Redaktion der Deutschen Polizei hat deren Mitglieder gefragt, wo sie ihre Arbeitsschwerpunkte sehen?

Als Mitglieder der Tarifkommission setzen wir uns vor allem für die Belange der Tarifbeschäftigten bei der Polizei ein, die manchmal ganz andere sein können als die der Beamten. Deshalb versuchen wir, immer das Ohr an der Basis zu haben. So bekommen wir frühzeitig mit, wo im Berufsalltag der Schuh drückt, welche konkreten Probleme es in den einzelnen Behörden vor Ort gibt und welche Vorstellungen und Wünsche die Tarifbeschäftigten haben.

Viele der Probleme betreffen nicht nur einzelne Beschäftigte, sondern den Tarifbereich insgesamt. Im Moment sind das vor allem die fehlenden Aufstiegschancen im Tarifbereich und die deutlich zu niedrige Eingruppierung vieler Tätigkeitsbereiche. Neben Hilfe und Unterstützung bei konkreten, individuellen Problemen gehört deshalb die Entwicklung von Konzepten und Positionspapieren, wie die Situation der Tarifbeschäftigten bei der Polizei grundsätzlich verbessert werden kann, zu den Arbeitsschwerpunkten der Tarifkommission. Und wir spielen bei der Erarbeitung der Tarifforderungen, mit denen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in die Verhandlungen mit den Arbeitgebern gehen, eine wichtige Rolle, auch wenn die Tarifverhandlungen selbst auf der Bundesebene geführt werden.

Wir – das sind gewählte Vertreter aus den einzelnen Bezirksverbänden der

GdP (BV). Aktuell sind das für den BV LAFP Udo Dombrowski, stellvertretender Vorsitzender des Personalrats im LAFP, für den BV Düsseldorf Jörg König, stellvertretender Vorsitzender des Personalrats im LKA, für den BV Köln Alexander Knopp, stellvertretender Vorsitzender des Personalrats in Köln, für den BV Detmold Martina Klein, stellvertretende Vorsitzende des Personalrats in Paderborn, für den BV Münster Thomas Spreer, stellvertretender Vorsitzender des Personalrats in Coesfeld, und für den BV Arnsberg Alexandra Engler, Mitglied im Personalrat in Unna. Alexandra Engler ist auch die Vorsitzende der Tarifkommission. Zudem gehört als Beisitzerin auch die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs der Tarifkommission an. Durch sie erhalten wir direkt die neuesten Informationen aus dem Ministerium und aus dem Vorstand der GdP. Weiterhin unterstützt uns Petra Morawietz, die als Gewerkschaftssekretärin unsere Arbeit begleitet.

Wir machen uns für Euch stark. Scheut Euch also nicht, eure BV-Vertreter anzusprechen, wenn Ihr Hilfe benötigt. Vielleicht habt Ihr auch Anregungen

oder Themenwünsche, mit denen wir uns beschäftigten sollen? Schickt einfach eine Mail und wir kümmern uns darum!

E-Mail: tarif@gdp-nrw.de

Anzeige



INTERNATIONALE FACHMESSE MIT KONGRESS

- PERSÖNLICHER SCHUTZ
- BETRIEBLICHE SICHERHEIT
- GESUNDHEIT BEI DER ARBEIT

Schutz muss man **persönlich** nehmen.

Effiziente Schutzausrüstung, digitale Innovationen, individuelle Lösungen, funktionale und modische Bekleidung – die A+A als weltweite Nr. 1 bietet Ihnen ein beeindruckendes Spektrum an neuesten Produkten und Ideen. Überzeugen Sie sich selbst von bester Funktionalität und höchstem Tragekomfort. Perfekter Schutz braucht die individuelle Lösung – denn **DER MENSCH ZÄHLT.**

5. - 8. NOVEMBER 2019
DÜSSELDORF, GERMANY

AplusA.de/psa



Messe
Düsseldorf

Geschäftsstelle wieder vollständig

Mit der Einstellung von Ertugrul Ulas (30) zum neuen Gewerkschaftssekretär für das Beamten- und Versorgungsrecht und von Petra Morawietz (59) als Gewerkschaftssekretärin für den Tarifbereich ist die Geschäftsstelle der GdP in Düsseldorf seit dem 1. September wieder vollständig.

Ertugrul Ulas hat in Düsseldorf Jura studiert, mit dem Schwerpunkt Arbeitsrecht. Nach dem 2. Staatsexamen hat er zweieinhalb Jahre bei der Bezirksregierung in Düsseldorf gearbeitet. Vor seinem Wechsel zur GdP hätte sich Ertugrul Ulas auch eine Arbeit bei der Polizei vorstellen können. Dass bei der Polizei auch junge Menschen arbeiten, die selber einen Migrationshintergrund mitbringen, stärkt für ihn die Glaubwürdigkeit der Polizei. In der Geschäfts-

stelle ist er neben dem Beamten- und Versorgungsrecht und dem Laufbahnrecht auch für die Verwaltungsbeamten bei der Polizei und für die JAV und die Junge Gruppe zuständig. Er folgt Melanie Stolle, die im April einer schweren Krankheit erlegen war.

Petra Morawietz, hat in Köln Rechtswissenschaften studiert, ebenfalls mit dem Schwerpunkt Arbeitsrecht. Nach einer vorübergehenden Tätigkeit als Rechtsanwältin war sie 26 Jahre lang bei den Fluggesellschaften LTU und Air Berlin tätig. Dort hat sie die Personalvertretung des fliegenden Personals in arbeits- und tarifrechtlichen Fragen beraten. In der Geschäftsstelle der GdP ist Petra Morawietz neben dem Arbeitsbereich Tarifrecht/Tarifangelegenheiten sowie der Unterstützung der Tarifkom-



mission auch für die Seniorenpolitik und die Landesseniorengruppe zuständig. Sie folgt Camilla Ruppert, die sich in Elternzeit befindet.

Interessant an dem Wechsel zur GdP finden beide neuen Gewerkschaftssekretäre, dass sie in ihrer neuen Aufgabe die Möglichkeit haben, direkt etwas für die Mitglieder zu erreichen.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die November-
Ausgabe ist der 8. Oktober 2019.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 60
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1.10. Mechtild Edeler, Coesfeld
- 11.10. Hans Duhnke, Köln
- 13.10. Annemarie Schubert,
Bad Salzufflen
- 14.10. Hildegard Sprunkel,
Bergneustadt

91. Geburtstag

- 11.10. Ingeborg Essen, Berlin
- 20.10. Rudi Wuttke, Hückelhoven
- 25.10. Gisela Homann, Wuppertal
- 27.10. Irmgard Prüßner,
Porta Westfalica
- 30.10. Horst Müller, Köln

92. Geburtstag

- 1.10. Emmy Ahrens, Bielefeld
Otto Luckau, Herne
- 8.10. Walter Neumann, Duisburg
- 11.10. Marianne van Bebber,
Gelsenkirchen
- 12.10. Ilse Pawlak, Bochum
- 22.10. Eva Haumann, Düsseldorf
- 27.10. Gisela Linnartz, Köln

93. Geburtstag

- 6.10. Ingrid Lippitz, Hattingen
Anna Mertin, Gütersloh
- 10.10. Marga Pletzke, Essen

94. Geburtstag

- 7.10. Josef Schuck, Neunkirchen

- 12.10. Irmgard Tümmers, Neuss
- 26.10. Gerda Kolb, Selm
- 31.10. Christina Schleiden, Neuss

95. Geburtstag

- 8.10. Herta Paula Stobbe, Wilnsdorf
- 24.10. Helene Hoefer, Krefeld
- 28.10. Ilse Saalfeld, Düsseldorf
Josef Segin, Paderborn

96. Geburtstag

- 18.10. Wilhelm Arians, Goch
- 27.10. Gerda Bendler,
Bergisch Gladbach

97. Geburtstag

- 4.10. Hans Engels, Krefeld
- 9.10. Maria Deppe, Köln
- 30.10. Klara Lewandowski, Dortmund

98. Geburtstag

- 3.10. Lieselotte Altenhoff, Bochum
- 19.10. Else Werth, Wuppertal
- 21.10. Eduard Malberg, Oberhausen

99. Geburtstag

- 21.10. Gertrud Houben,
Converse/Texas
- 26.10. Grete Rogall, Wilnsdorf

104. Geburtstag

- 15.10. Else Vierboom, Bochum

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP
wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



Urlaubsgeld für Sie!

**Buchen Sie Ihren Traumurlaub
in dem Reisebüro, in dem sich
Ihre GdP-Mitgliedschaft
für Sie auszahlt!**

**Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!**



GdP Reiseservice
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Warum sich eine GdP-Mitgliedschaft lohnt
Trotz guter Vorbereitung durch eine Wiederholungsklausur zu fallen, ist besonders ärgerlich, denn die Konsequenz ist gravierend: Mit Bekanntgabe des Ergebnisses endet das Beamtenverhältnis. Aber der GdP-Rechtsschutz konnte auch schon in diesen Fällen helfen. Für die ganze Geschichte den QR-Code scannen!

Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Oktober erhalten einen Thalia-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 11228, Düsseldorf
 45 22733, Oberbergischer Kreis
 45 00307, Coesfeld

Im November erhalten die Gewinner einen GdP-Reiseservice-Gutschein im Wert von 35 Euro.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Heinsberg

10. Oktober, 15:00 Uhr, Seniorentreffen, Gaststätte Dohmen, Hülhove-ner Straße 92, 52525 Heinsberg, Themen: Aktuelles aus Kreisgruppe und Landes-GdP, Seniorenbetreuung

Kreisgruppe Unna

10. Oktober, 11:00 Uhr, Seniorenausflug zur Ausstellung 110 im Polizeimuseum, Treffen vor dem Präsidium, Markgrafenstraße 102, 44139 Dortmund. Anschließend bietet sich die Gelegenheit zu einem Imbiss in der Polizeikantine. Anmeldungen bis zum 7.10. an bernhard.christmann@t-online.de oder Michael Schumacher, Tel.: 0 25 96/63 78 97

GdP aktiv

26.10., 70. Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20:00 Uhr, Festsaal des Hotels Franz, mit A. Petry („Wolle“-Musik), J. B. Hausmann (Kabarett), Bauchredner, Artistik und mehr sowie anschließender Schlagerparty mit DJ. Karten inklusive Buffet, Tel.: 02 01/8 29-24 08

7.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Innenministerium, 14:00 Uhr, Ministerium, Konferenzräume K11/K12, Friedrichstraße 62–80, Gastreferent: PHPR-Vorsitzender Rainer Peltz

19.11., Jubilarehrung der Kreisgruppe Bochum, 16:00 Uhr, Kantine Kobus, Polizeipräsidium, 44791 Bochum

20.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13:00 Uhr, Restaurant Vierjahreszeiten, Dammstraße 33, 58791 Werdohl, Gastredner: GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens

28.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14:15 Uhr, PP Bonn, großer Sitzungssaal

NACHRUFE

Heinz Heck	12.12.1926	Bergisches Land	Brigitte Herrmann	13.05.1924	Hagen
Rolf Jessen	17.07.1930	Bergisches Land	Wolfgang Spang	15.11.1938	Köln
Friedrich Herrmann	12.04.1944	Bielefeld	Gertrud Jaspers	08.07.1924	Krefeld
Christa Rhinow	19.11.1924	Bielefeld	Rüdiger Wölfl	20.11.1938	LKA
Edmund Klinger	21.05.1935	Bochum	Günter Petereit	22.09.1938	Mettmann
Helmut Reiche	11.12.1931	Bochum	Edeltraud Rathert	15.09.1941	Minden-Lübbecke
Dietmar Zielinski	22.04.1965	Bochum	Erika Heinrichs	11.02.1926	Mönchengladbach
Alfred Kasprusch	03.03.1938	Bonn	Helmut Schreiber	09.02.1928	Mönchengladbach
Peter Noje	25.03.1938	Dortmund	Wolfgang Dicke	28.01.1943	Neuss
Josefine Heinrichs	12.02.1930	Düsseldorf	Hans-Günter Jahn	28.11.1949	Oberhausen
Heinz Günter Holzenhauer	04.06.1934	Düsseldorf	Manfred Jurke	19.08.1933	Paderborn
Lieselotte Middelkötter	06.04.1926	Ennepe-Ruhr	Heinz Ewen	15.04.1940	Recklinghausen
Mario Djaschi	18.09.1945	Essen/Mülheim	Dieter Engel	02.06.1935	Selm
Hermann Krüger	12.03.1926	Gelsenkirchen	Siegfried Hanisch	22.05.1935	Siegburg
Paul Schrewe	02.04.1924	Gütersloh			

